

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ausdrager monatlich 10,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achteypaltene Zeitseite oder deren Raum 250 Btg., Veramtlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Btg. Reklamen 1000 Btg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 21.

Mittwoch, den 25. Januar 1922.

29. Jahrgang.

Die Steuerkrise.

SPD. Berlin, 24. Januar. (Drahtmeldung.)

Am Dienstag herrschte im Reichstag reges Leben. Kriegergerüchte durchschwirren das Haus, zum größten Teil unbegründet. Gegen Mittag trat unter Beteiligung des Reichsfinanzministers der interfraktionelle Ausschuss zusammen, um über das Steuerkompromiß zu verhandeln. Die Sitzung kam aber der Verständigung um keinen Schritt näher. Es bestanden noch wie vor große Schwierigkeiten in bezug auf die Frage, ob die gesamten Steuervorlagen von einem Mantelgesetz umfaßt werden sollen, ob den Genossenschaften eine Ausnahmestellung im Umsatzsteuergesetz zu gewährt ist, über die Höhe der Umsatzsteuer, die Rohsteuer und über die Wertbemessung der landwirtschaftlichen Grundstücke bei der Steuereinschätzung, also um die Frage, ob gemeiner Wert oder Ertragswert. Schon der Blick auf die Anzahl und den Charakter dieser Differenzpunkte zeigt, mit welchen Schwierigkeiten bei den Verhandlungen gerechnet werden mußte. Ueber ein schützendes Opfer des Besizes, das wir im Augenblick in einer Zwangsanleihe oder etwas ähnlichem sehen, war in der interfraktionellen Sitzung gleichfalls kein Weg zur Verständigung zu finden. Unter diesen Umständen ist verständlich, wenn die Gerüchte über eine bevorstehende Regierungskrise kein Ende nehmen wollten.

Um 3 Uhr nachmittags trat die sozialdemokratische Fraktion zu einer mehrstündigen Sitzung zusammen, die naturgemäß den Steuerfragen galt. Die Debatte ließ keinen Zweifel darüber, daß sich unsere Partei von der immer und immer wiederholten Forderung einer schätzbaren Anspannung des Besizes nicht denk zurückdrängen zu lassen.

Noch ist ungewiß, wann die Entscheidung fallen wird und ob das Reichskabinett diese Entscheidung überlebt. Jedenfalls irren die bürgerlichen Parteien, wenn sie annehmen, daß unsere Partei mit Rücksichtnahme auf den kommenden Freitag, wo der Finanz- und Garantieplan im Besitz der Reparationskommission sein soll, sich zu einer ihnen genehmen Entscheidung bestimmen lassen wird. Wir vertennen die Rücksichten auf die Außenpolitik nicht; aber auch diese Erwägungen haben ihre Grenzen.

9 Uhr abends. Trotz aller Verhandlungen ist der Dienstag ergebnislos verlaufen. Die für nachmittags 6 Uhr angelegte Kabinettsitzung fiel aus, weil der interfraktionelle Ausschuss von 5 bis gegen 8 Uhr abends tagte und dann ohne Ergebnis auseinander ging. Es ist sicher, daß Reichsfinanzminister Dr. Wirth sich persönlich bemüht, sein öffentlich gegebenes Wort, den Besiz sehr stark heranzuziehen, in die Wirklichkeit umzusetzen. Die bürgerlichen Parteien zeigen aber keinerlei Neigung, ihn in dieser Hinsicht irgendwie zu unterstützen. Die Situation wird durch die Tatsache gekennzeichnet, daß Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei und die bayerische Volkspartei am Mittwoch vormittag um 9 1/2 Uhr ohne die Sozialdemokraten verhandeln werden, um den letzten Versuch zu einer Verständigung zu machen. Für 11 Uhr ist die Führerschaft der MSP. zum Reichstanzler geladen. Im Verlaufe des Nachmittags wird die sozialdemokratische Partei neuerdings versammelt. Die Zeit drängt zur Entscheidung. Es ist deshalb mit größter Bestimmtheit zu erwarten, daß bis Mittwoch abend eine Klärung erfolgt und Sicherheit darüber besteht wird, ob das Kabinett Wirth am Ruder bleibt oder einem rein bürgerlichen Platz macht.

Amerika fordert Revision und Landabrüstung.

London, 24. Januar.

Die Section Vereinigte Staaten der Interamerikanischen Oberkommission, deren Vorsitzender Hoover ist, hat eine Beschlüsse veröffentlicht, worin es heißt:

Bevor ein endgültiger Fortschritt in der Klärung einer dauernden wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas oder der Welt erhofft werden kann, müssen zwei Hauptprobleme gelöst werden.

1. die Neuregelung der deutschen Reparationen auf einer Grundlage innerhalb der praktischen Zahlungsfähigkeit des deutschen Volkes und

2. die Verminderung der von gewissen Nationen auf dem europäischen Kontinent noch aufrecht erhaltenen bewaffneten Streitkräfte.

„Times“ sagt hierzu, es könne darüber kein Zweifel bestehen, daß alle Teile des amerikanischen Volkes mit dieser Erklärung vollkommen übereinstimmen. Der amerikanische Präsident und das Kabinett, beide Häuser des Kongresses, die Handelskammern, die Bankiers, Vertreter der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft — sie alle seien der Ansicht, daß dies die Bedingungen für die Wiederherstellung der Welt sind, und daß nur diese Bedingungen die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua ermöglichen.

Der „Times“-Berichtskorrespondent weist darauf hin, daß der oben erwähnte Bericht der Presse zur Veröffentlichung übergeben wurde unmittelbar nach der Erklärung Poincares, daß Deutschland die gesamte Summe bezahlen müsse, und daß die Teilnahme Frankreichs an der Konferenz von Genua von der Versicherung abhängen werde, daß die Konferenz sich nicht mit der Frage einer Abänderung des Friedensvertrages von Versailles befasse.

„New York Times“ berichtet, daß die Veröffentlichung des erwähnten Berichts im gegenwärtigen Zeitpunkt großes Interesse erregt im Zusammenhang mit den Vermutungen über die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der internationalen Wirtschaftskonferenz von Genua. Es verlautete, daß die amerikanische Regierung bestrebt sei, bevor sie eine Entscheidung darüber trifft, zu wissen, ob eine Neuregelung der deutschen Reparationen statfinden wird, und ebenfalls, ob die Frage der Herabsetzung der Landrückstellungen zwecks Verbesserung der finanziellen Lage gewisser europäischer Nationen, insbesondere Frankreichs, in Erwägung gezogen wird.

Die Besehung des Papstes.

Rom, 25. Januar.

Die Besehungsfestlichkeiten sind jetzt endgültig auf Mittwoch festgelegt worden, da die Verweilung des Leichnams rasch fortschreitet. Die Besichtigung der Parlamentsöffnung unterbleibt, so daß am gleichen Tage die italienische Kammer wie auch das Konklave beginnen.

Ueber die Wahl des neuen Papstes haben insgesamt 61 Kardinäle zu entscheiden, von denen 31 Italiener, 5 Franzosen, 3 Tiroler, 1 Belgier, 3 Deutsche, 3 Oesterreicher, 6 Spanier, 2 Amerikaner und 2 Australier sind. Sie bilden zusammen das Konklave, das heißt den unter strengster Verschwiegenheit in besonders dazu hergerichteten, nach außen völlig abgeschlossenen Räumen sitzenden Wahlschloß. Aus seiner Zusammenkunft ergibt sich die weltumspannende Macht der römisch-katholischen Kirche über viele Millionen von Menschen.

Ueber die Frage der Nachfolgerschaft Benedikts XV. scheint bisher eine gewisse Unklarheit zu herrschen. Das hängt damit zusammen, daß die Katastrophe zu rasch kam, so daß auch im Vatikan noch völlige Verwirrung herrscht.

Der Tag der Einberufung des Konklaves hängt von der Ankunft der in aller Welt verstreuten Kardinäle ab. Den Namen des neugewählten Papstes wird man kaum vor Ablauf von zwei bis drei Wochen kennen.

Das Testament Benedikts, dessen Aufbewahrungsort der Sterbende noch kurz vor seinem Ende mitteilte, wurde geöffnet. Neben der Tragödie dieses Menschen, der um die zerrüttete Menschheit, wie seine Freunde versichern, namenlos litt, sieht verheißungsvoll die politisch außerordentlich wichtige Begebenheit, daß im Auftrag der italienischen Regierung der Minister Meuri die Schwelle des Vatikans als erster offizieller Vertreter des neuen Italiens überschritt und seinen Namen in das Besuchsbuch eintrug. Er erfüllte so einen der letzten Wünsche des Toten, der, der Welt den Frieden wünschend, gerade mit Italien, dessen Sohn er war, infolge Jahrzehnte alter Feindschaft zwischen Papsttum und italienischen Königtum, in Fehde leben mußte.

Die Braunschweiger Wahlen.

Nach den neuesten Zählungsergebnissen über die Landtagswahl in Braunschweig scheint es, als ob eine sozialistische Mehrheit im Landtag bestehen bleiben werde. Es werden für die drei Arbeiterparteien jetzt rund 137 000, für die Bürgerlichen 129 000 Stimmen angegeben. Nach der „Braunschweigischen Landeszeitung“ würden erhalten: die Sozialdemokraten 12, die Unabhängigen 17 und die Kommunisten 2 Mandate, während der Landeswahlverband 23 und die Demokraten 6 buchen könnten.

Danach würde also eine Linksmehrheit vorhanden sein, indem 31 sozialdemokratisch-kommunistischen Abgeordneten nur 29 bürgerliche gegenüberstehen. Diese Mehrheit würde aber, ähnlich wie in Sachsen, von den beiden Kommunisten abhängig sein.

Das Ringen um Genua.

Der Sturz des Kabinetts Briand und seine Ersetzung durch Poincare kann wohl als der letzte Verlust des französischen Parlaments angesehen werden, das nach der wirtschaftlichen und politischen Weltentwidelung anzuhalten. Es ist an sich schon sehr fraglich, inwieweit dieses französische Parlament heute noch berechtigt ist, sich als das Sprachrohr der öffentlichen Meinung auszugeben. Vier Fünftel der Deputierten haben zwar die Politik Poincares im voraus gebilligt, doch ist es höchst zweifelhaft, ob im Volk selbst ein ebenso erdrückendes Majoritätsverhältnis zugunsten dieser Politik noch immer vorhanden ist. Nach vielen Anzeichen der letzten Zeit mußte man vielmehr annehmen, daß die Mehrheit der französischen Wähler, wenn sie heute ein Wort mitreden dürften, ganz entschieden das Poincaresche Kabanquiespiel ablehnen würde. Man darf nicht einen Menschen, der einmal im Kaufschieben einen folgenschweren Unfug begangen hat, als unheilbar dumm und gefährlich betrachten. Wir sind ganz im Gegenteil davon überzeugt — und darauf beruht ein wesentlicher Teil unseres festen Vertrauens in die nicht allzuferne Wiederkehr normaler Verhältnisse in Europa —, daß die große Mehrheit des französischen Volkes ferngeheilt ist und daß sie die im Siegesrausch am 16. November 1919 begangene Torheit mit samt dem ganzen Nationalen Blod verdammt.

Indessen, selbst wenn wir uns hierin täuschen sollten, selbst wenn Poincares Programm den Empfindungen und Wünschen des französischen Volkes heute noch entspräche, auch dann wäre dies für uns kein Grund, an dem sicheren Siege der Vernunft zu verzweifeln. Denn außerhalb Frankreichs Grenzen gibt es nur noch sehr wenige Menschen, die sich für die „restlose Durchführung der Verträge“ einsetzen würden. Wir hätten es freilich vorgezogen, wenn jene Erkenntnis mit gleichem Schritt in Frankreich und in England vorwärtsgedrungen wäre. Wir halten es heute noch für vorteilhafter — auch für das deutsche Volk —, wenn es sich nicht den Anschein geben muß, auf Gegenstände zwischen den Mächtigten zu spekulieren. Jetzt aber sind durch die Schuld des französischen Parlaments die Dinge so weit gediehen, daß das deutsche Volk, das dem Ringen zwischen Poincare und Lloyd George mit berechtigtem, leidenschaftlichem Interesse folgt, unbedingt den englischen Staatsmann mit seinen Segenswünschen begleitet.

Diese Parteinarbeit darf uns jedoch niemals vergessen lassen, daß das wichtigste außenpolitische Ziel der Sozialdemokratie stets war, noch ist und weiter bleiben wird, zu einem dauernden freundschaftlichen Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich zu gelangen. Aber wir machen aus unserer Ueberzeugung kein Hehl, daß wir in der Beseitigung des Kabinetts Poincare die vornehmste Aufgabe aller derer erblicken, die die baldige Wiederkehr des wirklichen Friedens auf Erden herbeiführen. In diesem Sinne betrachten wir den englischen Ministerpräsidenten als den Vorkämpfer der politischen und wirtschaftlichen Gefundung der Welt.

Frei von jeglichen Illusionen, aber auch von jeglichen Vorurteilen hatten wir die Nachricht der Rückkehr Poincares ans Ruder aufgenommen. Nach seiner Regierungserklärung und seiner Antwortrede auf die Interpellanten konnte aber kein Zweifel mehr darüber bestehen, was der neue französische Ministerpräsident für uns und für die ganze Welt bedeutet. Es war eben der echte Poincare, der Verfasser der zahlreichen in den letzten Monaten im „Temps“, im „Matin“ und in der „Revue des Deux Mondes“ erschienenen Aufsätze; und er hat sich selbst, damit ja kein Zweifel entstehe, als verantwortlicher Ministerpräsident nochmals zu diesen Artikeln und den darin entwickelten Grundgedanken ausdrücklich bekannt. Damit hatte er gewissermaßen dem englischen Ministerpräsidenten den Fehdehandschuh zugeschleudert. Denn noch in seiner letzten journalistischen Arbeit, in einem Aufsatz der „Revue des Deux Mondes“, der gleichzeitig mit seinem Regierungsantritt erschien, hatte Poincare den Gedanken der Konferenz von Genua und der diplomatischen Konferenzen überhaupt mit Ausdrücken abgelehnt, die der englische Premier auf keinen Fall ruhig hinnehmen konnte. Hatte er darin nicht sogar von „Kinodiplomatie“ gesprochen? Ließ er darin nicht durchblicken, daß nach seiner Auffassung die Genua-Konferenz ein beschämender Betrug an Frankreich sei? Er faßte sein Urteil dahin zusammen, daß Deutschland in Genua nichts zu verlieren, aber nur zu gewinnen habe, während Frankreich dort nur zu verlieren, aber nichts zu gewinnen habe. Vom Standpunkt eines Mannes und eines Parlamentariers, die von Weltwirtschaft nichts verstehen wollten, weil ihnen der Versailler Schein über alles geht, übrigens durchaus logisch gedacht.

Lloyd George ist ihm nun die Antwort nicht schuldig geblieben. Der erste Teil seiner Rede war eine ruhige, eher persönliche Mahnung an das französische Volk, endlich wieder Vertrauen in die anderen Völker zu haben. (Damit ist übrigens nicht allein Deutschland, sondern auch England gemeint, denn es ist ein offenes Geheimnis, daß der Sturz Briands sich in erster Linie gegen Lloyd

